

Bezugspreise: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die schmalen Anzeigen ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 16. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Das Ende der Wirtschaftsanktionen.

Eine neue Note Briands.

Berlin, 16. August. (WB.) Der französische Ministerpräsident hat dem deutschen Vertreter in Paris folgende Note übermittelt:

Im Namen der im Obersten Rat vertretenen alliierten Regierungen habe ich die Ehre, Ihnen mitzutellen, daß der Oberste Rat am 13. August 1921 bezüglich der am 7. März d. J. verhängten wirtschaftlichen Sanktionen folgenden Entschluß gefaßt hat, dessen Wortlaut folgt:

1. Auf Grund der Annahme des Ultimatum vom 5. Mai 1921 durch Deutschland sowie auch auf Grund der ersten von Deutschland auf Reparationsrechnung geleisteten Zahlungen unter Vorbehalt der vollständigen Begleichung der Summe, die Deutschland am 31. August 1921 zu zahlen hat, beschließt der Oberste Rat einstimmig die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, die durch ihn am 7. März 1921 verhängt wurden.

Diese Entscheidung wird gegebenenfalls am 15. September 1921 in Kraft treten.

2. Jedoch ist diese Entscheidung von folgenden vorher von der deutschen Regierung anzunehmenden Bestimmungen abhängig: a) Es wird eine interalliierte Stelle geschaffen, die in Gemeinschaft mit den zuständigen deutschen Stellen zusammenarbeiten wird, bei der Prüfung und Ausstellung solcher Ein- und Ausfuhrbewilligungen, welche Waren betreffen, deren Empfänger oder Absender Firmen des auf Grund des Versailles Friedens beschlenen Gebietes sind. Der einzige Zweck dieser Stelle ist es, Sicherungen dagegen zu schaffen und darüber zu wachen, daß nicht etwa das deutsche Ein- und Ausfuhrsystem hinsichtlich der besetzten Gebiete eine Benachteiligung der interalliierten Waren unter Vorbehalt gegen die Artikel 294 bis 267 des Friedensvertrags zur Folge hat. b) Die deutsche Regierung erkennt die Gültigkeit der Handlungen an, die während der Dauer der Sanktionen auf Grund der Verordnungen vorgenommen worden sind, welche die interalliierte Rheinlandkommission in Ausführung der auf der Londoner Konferenz im März 1921 getroffenen Entscheidungen erlassen hat. Es wird von allen gerichtlichen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen wegen solcher Handlungen Abstand genommen, die nach Maßgabe der erwähnten Verordnungen vorgenommen sind.

3. Die interalliierte Rheinlandkommission ist ermächtigt, unter Mitwirkung des Bevollmächtigten der italienischen Regierung Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen zu erlassen und durchzuführen, die sich auf die vorgenannten Entscheidungen sowie auf die Verwendung der vereinnahmten Gelder und die Prüfung der geleisteten, oder noch zu leistenden Ausgaben beziehen.

4. Der Oberste Rat überträgt die Ausarbeitung der näheren Bestimmungen über die im § 2 erwähnte Stelle einem Sachverständigenausschuß, der von den Regierungen der Besatzungsmächte und von der italienischen Regierung ernannt wird und seine Vorschläge vor dem 1. September den Regierungen zu unterbreiten hat. Die Sachverständigen werden möglichst bald in Koblenz zusammentreten und sich dort mit den deutschen Delegierten treffen. Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, dieses Schriftstück Ihrer Regierung zu übermitteln und ihr mitzutellen, daß ich mich freuen würde, von Ihnen zu erfahren, daß Sie die in der Entscheidung der alliierten Mächte ausgezeichneten Bedingungen annehmen.

loyd George redet heute.

London, 16. August. (WB.) Lloyd George wird heute, wie berichtet wird, im Unterhaus eine bedeutende Rede über die Beschlüsse des Obersten Rats in Paris halten. Besonders werde er zur oberirdischen Frage und zur Frage der Bekämpfung der russischen Hungersnot Stellung nehmen.

Der Umfang der russischen Katastrophe.

London, 16. August. „Daily Telegraph“ berichtet, die britische Vertretung in Moskau habe sich davon überzeugt, daß die im Ausland über die russische Hungersnot verbreiteten Nachrichten in keiner Weise übertrieben sind. Die Katastrophe in Rußland scheint im Gegenteil noch größer zu sein, als selbst in den pessimistischsten Kreisen geschätzt wurde. Die größte Gefahr liege in der Tatsache, daß sich die Hungersnot zweifellos nächstes Jahr in noch größerem Maße wiederholen werde. — Nach einer Moskauer Meldung desselben Blattes veranlaßten Bauern und Deserteure des Roten Heeres in den kleinen Städten und Dörfern Judenpogrome.

König Peter im Sterben.

Belgrad, 15. August. (WB.) Infolge der plötzlichen Krankheit des Königs Peter laufen Gerüchte um, es seien Vergiftungsercheinungen die Ursache der Erkrankung. Die Kräfte sollen den Patienten aufgegeben haben, weil das Bewußtsein nur für Augenblicke zurückkehrt.

Die englisch-irische Spannung.

London, 16. August. (WB.) Die englische Antwortnote an Irland läßt keine weiteren Verhandlungen zu, weil die englische Regierung endgültig jedes Verlangen Irlands nach Unabhängigkeit, die die Grundlage für die irischen Forderungen bildet, von der Hand weist. Die Londoner Abendblätter sind übereinstimmend der Meinung, daß damit die Verhandlungen auf einen toten Punkt gekommen sind und der Kriegszustand in Irland wieder beginnt.

Keine Amnestie!

London, 16. August. (WB.) Im Unterhaus hat Lloyd George erklärt, daß keine Amnestie in Irland eingeführt würde. Die Freilassung der Mitglieder des Parlaments bildet keinen Präzedenzfall und setzt nicht die Freilassung anderer Gefangenen voraus. Die Regierung hat es nützlich gefunden, die Abgeordneten freizulassen, damit sie an den öffentlichen Verhandlungen teilnehmen, von denen die Zukunft Großbritanniens ebenso wie die Irlands abhängt. Wenn sie dies nicht getan hätte, hätte die Regierung eine folgenschwere Verantwortung auf sich genommen.

45 Avignon-Gefangene freigelassen.

Paris, 16. August. (WB.) Nach einem Telegramm des „Matin“ aus Avignon hat der Direktor des Militärgefängnisses gestern einen Ministerialerlaß erhalten, durch den 34 deutsche Kriegsgefangene, ein Ungar, 4 Jugoslawen und 6 Türken, die wegen gemeinsamer Verbrechen im Gefängnis saßen, freigelassen werden. Die Gefangenen werden in ihre Heimat zurückschickt.

Der Fall Zimmer.

Bei der feierlichen Bestattung des von tschechischen Legionären in Kuffig getöteten Reichsdeutschen Hoff am letzten Freitag hat als Vertreter der deutschen Gefangenschaft in Prag Legationsrat Zimmer eine Rede gehalten, die in der tschechischen Presse als Einmischung in die inneren Verhältnisse des Staates und wegen angeblicher Angriffe auf seine Regierung heftig kritisiert wird. Die deutsche Regierung hat sich telegraphisch nach Prag gewendet, um den authentischen Text der Rede des Legationsrates zu erhalten. Wenn sich herausstellen sollte, daß der Legationsrat sich gegen die tschechoslowakische Regierung ausfällig geäußert hat, so würde die deutsche Regierung das mißbilligen. Eine Veränderung der Haltung Deutschlands gegenüber der Tschechoslowakei aus Anlaß dieses Vorfalls würde nicht im Sinne der deutschen Politik liegen.

Für den Frieden.

Einem Aufruf des Internationalen Roten Kreuzes in Genf, den uns das Deutsche Rote Kreuz übermittelt, entnehmen wir: Das Rote Kreuz wendet sich an alle hochherzigen Menschen, um sie zu bitten, nach ihren Kräften und Mitteln eine allgemeine und unaufhörliche Propaganda gegen den Kriegszustand zu führen, welcher beständig den Weltfrieden zu vernichten droht.

Der Geist des Krieges ist nicht besiegt. Er herrscht noch über die Welt. Er fördert oft die Begehrlichkeit der einen, die Mißbräulichkeit der andern. Er beeinflusst so manche Politik, so manchen Presseartikel, welche die öffentliche Meinung irreführen. Er verschärft in allen Ländern die Härte des internationalen wirtschaftlichen Kampfes.

Das Hoffen auf die Vernichtung des Krieges ist nicht zu vernachlässigen. Die Völker und die Armeen aufrechtzuerhalten. Im menschlichen Geiste müssen die Grundzüge eines Internationalismus wieder aufgebaut werden, der zwar die Liebe jedes Bürgers zu seiner Stadt, jedes Patrioten zu seiner Heimat achtet, der aber zugleich jeden Menschen die Achtung für Existenz und Rechte seiner Mitmenschen lehrt, dadurch, daß das tägliche Privatleben jedes jeden durch

das Licht einer universalen, klüßigen Gerechtigkeit erleuchtet wird.

Das Rote Kreuz, getreu dem Ideale, welches seine Gründer beigestellt und welchem es seither mit allen seinen Kräften gebietet hat, bekundet feierlich vor aller Welt, daß seine Tätigkeit mit dem Kriege nicht beendet ist. Es ruft alle Menschenherzen an, damit jeder in sich selbst die nötige Kraft und Entschlossenheit finde zur Gewinnung der größeren Friedenssicherheit.

Der Aufruf ist geeignet von Gustave Ador, Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, und Claude H. H. Hill, Stellvertretendem Generalsekretär der Rotkreuzliga.

Departement Saargebiet. So wird man bald sagen müssen. Jetzt hat man sämtliche Franzosen, die seit 15. Juli 1919 im Saargebiet wohnen, zur Handelskammer wahlberechtigt gemacht.

Klassenkampf und Republik.

Von Eduard Bernstein.

In den Erörterungen der Parteigenossen über das von dem Parteivorstand zur Veröffentlichung gebrachte Werk der Programmkommission ist verschiedentlich scharf dagegen Einspruch erhoben worden, daß in dem einleitenden Teil des Entwurfs, der die allgemeinen Grundgedanken des Kampfes der Sozialdemokratie entwickelt, jede Betonung oder selbst Erwähnung des Klassenkampfcharakters der sozialdemokratischen Bewegung fehlt. Zu dem, was darauf schon geantwortet worden ist, gedenke ich noch einiges hinzuzufügen zu sollen.

Ich kann das mit um so größerer Unbefangenheit tun, als sowohl das in meiner Denkschrift zur Frage der Programmrevision enthaltene Probestück einer solchen Einleitung als auch der Vorentwurf, den ich als Mitglied des Sonderausschusses der Programmkommission unterbreitet hatte, die Klassenkampfnatur der sozialdemokratischen Bewegung durchaus hervorhoben. In dem beiläufig sehr knapp gefaßten Vorentwurf wird das Bewußtsein von der für die Befreiung der Menschheit notwendigen ökonomischen und sozialen Umwandlung als einer der Grundgedanken des Sozialismus hingestellt und gesagt: „Dieses Bewußtsein und das von ihm geleitete Streben sind das geistige Ergebnis des großen Klassenkampfes der Arbeiter und der gleich ihnen dem Kapital dienstpflichtigen Bevölkerungsschichten in der modernen Gesellschaft, der auf politischem Gebiet usw. von der Sozialdemokratie geführt wurde.“ Wenn ich also meinerseits es für notwendig gehalten habe, diesen Klassenkampf im Parteiprogramm ausdrücklich zu betonen, so kann ich mich darum doch mit der Kritik, die der vom Ausschuß beschlossene Wortlaut der Einleitung in bezug auf diesen Punkt bei einer Anzahl der Kritiker gefunden hat, nicht einverstanden erklären.

Zunächst ist ihnen schon von anderer Seite nicht mit Unrecht erwidert worden, daß es ihnen ähnlich ergangen ist, wie dem Mann, der den Wald vor Bäumen nicht sehen konnte. Die Tatsache des Klassenkampfes ist in der Fassung des Ausschusses nicht umgangen, und sie ist heute eine so aller Welt bekannte, so geradezu alltäglich gewordene Erscheinung, daß das Fehlen des Wortes im Programm wirklich nicht allzuviel verschlagen würde. Worauf es vor allem heute ankommt, ist nicht die Feststellung des Ob dieses Kampfes, sondern seines Wie. Dieses Wie läßt sich aber bei der in Deutschland erreichten Machtposition der Sozialdemokratie und den dieser daraus erwachsenden Verantwortungen nicht in wenige Schlagworte zusammenfassen. Wir haben nicht bloß, wie zur Zeit der Abfassung des Erfurter Programms, Grundzüge und Forderungen, sondern die Richtlinien einer ganzen politischen Aufgaben, die wir uns selbst stellen, zu entwickeln.

Aus diesem Grunde war es denn auch gar nicht zu umgehen, daß der Entwurf des neuen Programms der Partei erheblich umfangreicher ausfiel, als das Erfurter Programm. Vergesse man doch nicht, daß dieses letztere zwar in den dreißig Jahren seit seiner Abfassung selbst unverändert geblieben wurde, daß es aber in dieser Zeit wiederholt durch Zusatzprogramme, bzw. Kongreßbeschlüsse programmatischer Natur über Spezialgegenstände ergänzt werden mußten. Mit diesen, zum Teil sehr bedeutungsvollen Ergänzungen allein würde das Erfurter Programm erheblich mehr Raum in Anspruch nehmen, als der neue Programmentwurf. Auch stünde die Partei, wenn sie Form und Umfang des Entwurfs grundsätzlich gutheißt, mit dem so ausfühlich gewordenen Programm keineswegs in der sozialistischen Welt vereinzelt da. Ich darf in dieser Hinsicht nur an die Programme der sozialistischen Parteien Frankreichs erinnern.

Nicht aus einem Ego oder einem Stolz des Programms ist zu entnehmen, wie die Sozialdemokratie den Klassenkampf der proletarischen und dem Proletariat verbündeten Schichten auffaßt und zu vertreten entschlossen ist, sondern aus ihrem Gesamtinhalt, aus dem Geist, der das Ganze durchweht. Ueber ihn wird sich der Parteitag eingehend zu unterhalten haben. Es wird die Frage zu beantworten sein, wie sich die ganze Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Republik zur Lehre vom Klassenkampf des Proletariats verhält.

Das dürfte einen großen Teil der diesmaligen Debatten über die Programmfrage ausfüllen.

Es herrscht wohl Einstimmigkeit darüber, daß der Oberste Parteitag noch nicht endgültig über das Programm entscheiden, sondern den Entwurf gründlich kritisieren und ihn dann mit entsprechenden Weisungen der alten oder einer neuen Programmkommission zur Schlussredaktion übergeben wird. Schreiber dieses hat das, schon ehe der Entwurf bekannt wurde, in Referaten vor Berliner Mitgliedschaften der Partei als vorläufiges Ergebnis der früheren Beratungen dargelegt. Eine so umfassende, für die Entwicklung der Partei und das Schicksal des deutschen Volkes so folgenschwere Angelegenheit erledigt man nicht auf einem einzelnen Parteitag.

Für die Entwicklung der Partei und das Schicksal des deutschen Volkes — ich wiederhole das ausdrücklich. Die

Partei muß sich dessen bewußt sein, daß von der Art, wie sie die Grundzüge ihrer Politik programmatisch festlegt, je nachdem das Schicksal Deutschlands als Republik bestimmt wird.

Das Wohl und Wehe des deutschen Volkes und nicht zuletzt seiner Arbeiterklasse, hängt in hohem Grade davon ab, daß Deutschland als Republik erhalten, lebens- und entwicklungsfähig bleibt. Denn der Zusammenbruch Deutschlands als Republik würde nicht, wie diejenigen wägen, die in verächtlicherem Klassen- und Kastendünkel unablässig und zum Teil mit den schmutzigsten Mitteln an ihm arbeiten, die Wiederherstellung der Monarchie, sondern den Hereinbruch der Anarchie im schlimmsten Sinne des Wortes bedeuten.

In Frankreich war 1851/52 die Wiederherstellung des Kaiserreichs möglich, weil es mindestens formell dem Volk ein demokratisches Recht zurückgab, das die zur Bourgeoisrepublik verformene Schöpfung der Februarrevolution ihm genommen hatte. Auch trat es als Vollstrecker der Ideen der großen französischen Revolution von 1789 auf, und das Volk hatte nach einem Vierteljahrhundert die Leiden überwunden und vergessen, welche die Kriege des ersten Kaiserreichs dem Lande verursacht hatten; es sah dieses nur noch im Lichte der bestückenden napoleonischen Legende. In Deutschland aber hieß die Wiederherstellung des Kaiserreichs Konstitution von Volksrechten, Erneuerung von Vorrechten der Besitzenden, insbesondere der Geburtsaristokratie, Verschlimmerung der auswärtigen Lage und damit des auf der Nation lastenden wirtschaftlichen Drucks, und dies zu einer Zeit, wo die Leiden des vornehmlich vom Kaiserium verschuldeten Kriegs noch frisch in aller Gedächtnis sind und der neue Krieg, den die nach dem Kaiserreich schreienden Elemente dem Volk in Aussicht stellen, mit Sicherheit nur eines bringen würde: erhöhte Leiden und Lasten. Das weiß die Arbeiterklasse und wissen auch genug Elemente des Bürgertums, die mit der Republik unzufrieden sind. Nur die traffen Reaktionselemente erhoffen vom Kaiserium Besserung in ihrem Sinne, und so zahlreich sie mit ihrem beirrten Anhang heute sind, sind sie doch nicht stark genug, der Monarchie den Rückhalt zu bieten, dessen sie bedürfte, um bestehen und regieren zu können.

Aber wenn die Monarchie unmöglich ist, so ist damit noch nicht verbürgt, daß nun die Republik ihrerseits als demokratisches Staatswesen im politischen Sinne des Wortes leben und sich entwickeln kann. Wirtschaftlich und politisch sind ihre Daseinsbedingungen auf das schwerste gefährdet, droht ihr zunehmende Verschlimmerung der Verhältnisse. Es braucht das nicht im einzelnen auseinanderzusetzen zu werden; die furchtbaren Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Republik zu kämpfen hat, sind jedem bekannt, der auch nur einigermaßen sich mit den Fragen des öffentlichen Lebens beschäftigt. Wie aber soll die Republik dieser Schwierigkeiten Herr werden?

Die Frage führt uns zurück zu der Frage der Auffassung und Behandlung des Klassenkampfgedankens durch die Sozialdemokratie. Wir haben es da mit zwei wesensverschiedenen Tendenzen zu tun, die sich zwar in unserer Partei nicht in scharf ausgeprägten Extremen gegenüberstehen, aber doch vorhanden sind und mehr oder weniger bewußt miteinander ringen: die formalistisch enge Auslegung des Begriffs, bei der er, wie Friedrich Engels es einmal ausdrückte, zum Sekten dogma wird, und die evolutionistisch-politische Auffassung, die allein der Marx-Engelschen Sozial- und Geschichtslehre entspricht. Die erste führt, ob ihre Vertreter sich noch so revolutionär geben dürfen, wie alle Sektirer und wofür der sich kommunistisch nennende Flügel des heutigen Sozialismus die deutlichsten Belege liefert, mit Notwendigkeit zur Reaktion. Nur die zweite ist wahrhaft fortschrittlich, das heißt im sozialen Begriff des Wortes revolutionär.

Wir wissen alle, die Republik kann in Deutschland nur leben und sich entwickeln, wenn sie ihre feste Stütze an der Sozialdemokratie, am klassenbewußt sozialistischen Proletariat hat. Nicht alle unter uns sind sich aber des Umstandes bewußt, daß die Republik in Deutschland nur vegetieren, aber sich nicht wahrhaft entfalten und zur Blüte gelangen kann, wenn sie ihre Stütze nur in der Sozialdemokratie findet.

Die Schwielen.

Die dritte Nummer des Varietéprogramms bildete die Vorführung von dressierten Hunden. Der Dresseur verbeugte sich vor dem Publikum, deutete auf seine Tiere, die, in kleinen Röschchen und Höschen gekleidet, auf einer Bank saßen, und schon begann die Schau. Einer der Hunde umließ, nur auf den Vorderpfoten gehend, die Hinterpfoten steil in die Luft gerückt, die Bühne. Dann hüpfen zwei Tiere aneinander geschmiegt und auf den Hinterpfoten tippelnd nach einer Melodie im Kreise herum. Dann wurde ein Hund auf ein Miniatur-Fuß gesetzt, da er ohne herunterzufallen, ein Stück wegwälzte. Dann balancierte einer auf einer einzigen Pfote auf der Hand des Dresseurs. Allerhand gab es noch zu sehen, das das Publikum erlustigte und zum Beifall hinriß.

Der Dresseur nickte den Zuschauern dankbar zu und strich den Hunden, als sie ihre Arbeit beendet hatten, gelegentlich sanft über die Schnauzen. „Die lieblichen Kerlchen!“ sagte hinter mir ein Mädchen zu einem anderen und ließ die Augen nicht von den Hunden und schien ganz verliebt in sie zu sein.

Wie da wieder einer der Hunde in irgendeinem Dressurakt sich produzierte, verrückte sein Kleidchen etwas, und ich sah auf seinem glatzgeschornten Hinterköpfe blutrote Schwielen leuchten. Sofort zog der Dresseur die Kleidung wieder zurecht — aber nicht früh genug, als daß ich nicht in dieser einen Sekunde hinter den ganzen Aufzug und Tam-Tam die Grimasse der Wahrheit hätte sehen können.

Da saßen die Leute nun und freuten sich und klatschten dem Dresseur zu und nannten die Hunde liebe Kerlchen. Und der Dresseur stand vor dem Rampenlicht und sah in seinem Froc wie ein feiner, eleganter Mann aus. Und die Hündchen waren allerliebste anzuschauen und gehorchten und rührten sich nicht von der Bank, wenn sie nichts zu tun hatten. Aber — sie trugen Schwielen. Waren zerdrückt von der Peitsche ihres Herrn. Sie gingen auf den Vorderpfoten: ich ahnte, wie eine Peitschenschnur tausendmal auf ihre Hinterpfoten geizigt war. Sie balancierten auf den Sängeln: ich ahnte, wie Adeln in ihr weiches Fleisch gestochen hatten, wenn sie zur Seite gefallen waren. Ich sah hinter all diesem Niedlichen, Lieblichen die rohe Grausamkeit stehen, die getriemt und gepölselt, geschlagen und getreten hatte, bis die arme Kreatur nachgab.

Ich sah nur noch die Schwielen. Die blutroten Schwielen. Der Vorhang fiel. Der Dresseur verneigte sich. Morgen früh wird es wieder Liebe sein und morgen nachmittags blüht der Dresseur, nicht im Froc, nicht mit verbindlichem Lächeln, sondern in Handschuhen und mit wütendem Anblick auf die Tiere ein. Dann steigen die ein paar Hapen zu freifen. Denn die dürfen sie nicht werden, und dann werden sie wieder herausgeputzt und verdienen ihrem Feinher Geld.

Neuherlich zeigt sich das am Stärkerenhältnis der Parteien und ihrem Verhalten zu den politischen Lebensfragen der Republik. Ein tieferes Eindringen in das Wirtschaftsleben der Gegenwart und seine Bedürfnisse zeigt uns das Warum dieser zwei Voraussetzungen der Erhaltung der Republik, die bei sektiererisch-formalistischer Auffassung des Klassenkampfgedankens miteinander unvereinbar erscheinen und durch ihre entsprechende politische Praxis auch als unvereinbar sich erweisen würden. Nur in dem Maße, als die Sozialdemokratie im Gegensatz zu denen, welche an der formalistischen Auslegung des Gedankens kleben, seine Bedeutung als Wegweiser für die Ausarbeitung und Verwirklichung eines neuen und höheren Gesellschaftsprinzips in den Vordergrund stellt und ihre Sprache und Politik entsprechend einrichtet, womit ein energisches Handeln sehr wohl verbunden sein kann, wird sie den Anforderungen gerecht werden können, welche ihr aus der gefährdeten Lage der Republik erwachsen.

Und sie darf dessen gewiß sein, dabei im Sinne ihrer großen geistigen Vorkämpfer und Lehrer zu verfahren. Diese haben niemals die Form über die Sache gestellt, niemals in der größeren Brutalität des Vorgehens schon den größeren Radikalismus erblickt. Sie haben die komplizierte Natur des Problems, vor dem die Sozialdemokratie heute in Deutschland steht, nicht voraussehen können und konnten uns daher auch keine Anweisung für seine Bemeisterung hinterlassen. Es steht aber im sachlichen Einklang mit dem Evolutionsgedanken in ihrer Lehre, daß die Partei der Arbeiter in ihrem Vormarsch eine Phase durchmacht, wo sie, ohne Alleinherrscherin zu sein, doch schon ihre Fähigkeit zu bewähren hat, in der demokratischen Republik staatsrechtlich zu wirken.

Was Ferdinand Lassalle im Arbeiterprogramm und seinen Fortsetzungen in bezug auf die Stellung der kämpfenden Arbeiterklasse zum Staat zu hegelianisch absolut formuliert hat, hat in dem heute in Deutschland erreichten Stadium der Entwicklung seine volle Berechtigung.

Reichswehrminister gegen Deutschnationale.

Man schreibt uns aus Lindau: Die Bodenbesetzung der süddeutschen (bayerischen, württembergischen und badischen) Demokratien in Lindau i. B. am 14. d. M. zeitigte einige recht interessante Auslassungen des Reichswehrministers.

Das Vorwiegen des Einflusses der bayerischen demokratischen Partei kam in der typischen Kauschformulierung des republikanischen Problems zum Ausdruck, welches die Frage, ob Republik oder Monarchie, als eine Affäre zweiten und dritten Ranges behandelt.

Trotz dieser Umgehung eines offenen Bekenntnisses zur Republik und trotz seiner abfallenden Bemerkungen über die „Niederwieder-Kriegs“-Bewegung, war die Rede des Reichswehrministers eine scharfe Kampfanzeige gegen deutschnationales Vergehen innerhalb und außerhalb der Reichswehr, vor allem gegen den politisierenden bayerischen Obersten Islander und General von der Goltz.

„Den gemeinen Veleidigern (Islander), die meine letzte Rede in meiner Heimatstadt mit persönlichen Verunglimpfungen beschmutzt haben, gebe ich ihr „Pfui!“ voll und ganz zurück. Auch die politische Rechte hat ihre Strafe. Das Volk in tiefster Not aufzurichten, ist schwerer wie an der Feldherrnhalle in München politische Brandreden zu halten. Wer deutsche Volksgenossen schmäht, der tut keine deutsche, sondern der tut französische Arbeit.“

Im übrigen rechnete Gehler gründlich mit der „Babanque“-Politik der Obersten Heeresleitung im Krieg, und vor allem mit der Dolchstoßlegende ab. Den General von der Goltz, der ihn unter dem Beifall eines urteilslosen Publikums „den Gerichts-vollzieher der Entente“ genannt hatte, stellte er als einen bewußten, demagogischen Volksvergifter an den Pranger.

Die kommenden Steuerkämpfe leitete Gehler mit den Worten Heinrichs IV. von Frankreich ein: „Ich glaube, wir müssen jetzt die Hälfte unseres Besitzes opfern, damit wir die anderen erhalten können!“ — Er illustrierte die mangelnde Opferfreudigkeit mit den Worten eines Großindustriellen, der ihm vor wenigen Tagen gesagt habe: „Geben Sie nicht allzuviel auf unser Pressegeschrei! Wir sind zu gut organisiert.“

Dumme, arme Tiere!
Dumme, arme Tiere? Ach, als die Dressure der Böcke das Rampenlicht einschalteten, war es anders? Standen die Böcke nicht auch auf den Hinterbeinen? Parlieren die nicht auch? Waren sie nicht auch für das unbedeutende Parterre-Publikum ein unterhaltendes Schauspiel? Auch hier brauste Beifall. Ohnen galt er. Aber nicht sie durften sich verbeugen, — der große Heerführer tat es für sie.

Und in den Seelen brannten die Schwielen — brannten immerzu.
Und alles war Dressur! H. B.

Ein neuer Menzel-Fund fördert jetzt ein bisher unbekanntes Jugendwerk des Künstlers zutage, nachdem erst kürzlich Walter von der Westen in den Mitteilungen des Berliner Gildes-Bereins eine reizvolle kleine Arbeit Menzels zum ersten Male bekannt gemacht hatte. Menzel muß schon als Knabe in seiner Vaterstadt Breslau, die er 1830, noch nicht 15 Jahre alt, mit Berlin vertauschte, als Wunderkind gepoilt haben! Denn auf den Breslauer Kunstausstellungen von 1829 und 1830 waren — so schreibt Conrad Buchwald jetzt in der Seemannschen „Kunstchronik“ — unter Werken damaliger Verhältnisse, auch Arbeiten des 12- oder 13jährigen Schülers der Elementarschule VI, A. Menzel ausgestellt. Darunter ist die Kopie eines Steinbrudes der säugenden Tigerin nach Rubens, die seit 30 Jahren im Breslauer Schulmuseum hängt. Nicht zur Freude Menzels. Denn als damals der „Vorwärtsstille Freund“, wie er sich ausdrückte, gemacht wurde, schrieb er: „Wäre das Kuriosum in jener alten Schulkasse, keiner Bruststätte, belassen, nicht doch mehr am Platze geblieben? Als jetzt aus wohlgedienter Verpöschtheit gezogen als fremder Tropfen an jenem ernsten Orte die ernstlich sachmäßig interessierten Besucher so gut wie die Gaffer in die Verlegenheit zu legen, solens volens Enthusiasmus heucheln zu müssen.“ Wehnlich würde er vielleicht urteilen, wenn er von dem jetzt ausgegrabenen, unbekanntem Jugendwerke hören könnte. Es ist eine Lithographie des Breslauer Fürstbischöflichen Emanuel von Salmstadt, deutlich bezeichnet als im Verlage von C. E. Menzel, dem Vater des Künstlers, erschienen und nach dem Leben gezeichnet und lithographiert von Ad. Menzel d. J. Der greise Kirchenfürst ist als repräsentatives Anknüpfen im Stile des 18. Jahrhunderts wieder gegeben, auf einem Empirestuhel, den Stern des preussischen roten Adlersordens I. Klasse neben der bischöflichen Krone, vor einem Vorhang. Man staunt, wie ein 13jähriger dies Bildnis in der damals ganz neuen Technik der Lithographie schaffen konnte. Schon darin liegt ein Urteil, daß der Fürstbischöf einem Jungen in diesem Alter offenbar Modell sah und die Erlaubnis zu Druck und Verbreitung gab. Buchwald sind nur drei Exemplare bekannt geworden.

Steglicher Schloßpark-Theater: „Die Laune des Verliebten“ und „Die Wilschuldigen“ von Goethe. Die beiden Stücke, mehr für gewisse Färbungen damaligen Zeitgeschmacks als für den jungen Dichter, der Deutschlands größter werden sollte, charakteristisch, wurden vor Jahren auf der Reinhardt-Bühne aufgeführt und unterhalten dort bei anmutig spielerischer Inszenierung durch die Tri-

Kampf gegen bayerischen Getreidewucher.

Bekanntlich verlangt die bayerische Regierung die Einführung einer Ausfuhrkontrolle für bayerisches Getreide, die natürlich nur den Zweck einer Absperrung haben kann. Wie wir erfahren, steht die Reichsregierung diesem Verlangen durchaus ablehnend gegenüber und hat das mit ausführlicher Darlegung der wirklichen Verhältnisse der bayerischen Regierung mitgeteilt. Die Verhältnisse selbst sind in einer offiziellen Münchener Darstellung vollkommen unzutreffend geschildert.

Hoffentlich läßt Bayern sich von der Drohung, eventuell selbständig vorzugehen, durch das Gewicht der Gegenstände abbringen. Es ist erstaunlich genug, daß eine derartige Drohung überhaupt ausgesprochen wurde, weil eine solche Maßnahme eine Rechtsgrundlage nicht haben würde und selbstverständlich zu Weiterungen führen müßte.

Mit Wirkungen vom 18. August ist die Getreideeinfuhr aus dem Auslande nach Deutschland freigegeben, womit eine Gegenwirkung gegen die verwerfliche Preistreiberei der letzten Zeit erzielt wird.

Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Ueber die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat von Unternehmungen ist nach dem Betriebsrätegesetz ein besonderes Gesetz zu erlassen, dessen Vorberatung im Reichswirtschaftsrat erfolgt ist. Dabei stand im Mittelpunkt der Beratungen die Frage, ob die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder als gleichberechtigt mit den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrats gelten sollen, oder ob sie dort lediglich beauftragt sind, Aufklärungen zu verlangen, Anträge zu stellen und an solchen Abstimmungen teilzunehmen, welche die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer betreffen. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat sich für die volle Anerkennung der Betriebsratsmitglieder als gleichberechtigte Mitglieder des Aufsichtsrats ausgesprochen und im übrigen die Regierungsvorlage über die Zahl der Arbeitervertreter mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Der betreffende Gesetzentwurf wird nunmehr dem Reichstag zur gesetzgeberischen Sanktion vorgelegt werden.

Die Gasse.

In der Rechtspreffe gehen staunenerregende Dinge vor sich. Es reicht dort der Schmutz, den man täglich über uns zu schütten gewöhnt ist, nicht mehr aus, man muß borgen gehen. So leih ich z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ Auszüge aus deutsch-volksparteilichen Korrespondenzen. Daß die „Tägliche Rundschau“ das gleiche Material benutzt, versteht sich am Rande. Schon deswegen, weil man sich doch auch sonst gemeinsam aus einem politischen Topf nährt. Und wer produziert den brüderlich verbrauchten Schmutz? Es ist der reichlich bekannte frühere Sozialdemokrat und Buchbinder Emil Kloth. Den Mann gönnen wir der Rechtspreffe, da hat sie wirklich eine Eroberung gemacht, die zu ihr paßt. Man macht der Massenbewegung des Volkes immer den Vorwurf, daß sie auf die Strafe Rücksicht nehmen, die „Deutsche Tageszeitung“ nährt sich aus der Gasse.

Löwenfeldt und Ehrhardt.

Uns wird mitgeteilt, daß der bekannte v. Löwenfeldt als Freigantkapitän in der Marine Dienst tut. Er soll vor einiger Zeit sogar zum Kommandeur der Schiffsstammdivision der Ostsee ernannt worden sein. Erkannte nicht seinerzeit der Untersuchungsausschuss dahin, daß Löwenfeldt unfähig sei, in der Marine Dienst zu tun? Die glimpfliche Behandlung der Kapitäne trifft ja auch auf Ehrhardt zu, er ist mit voller Pension entlassen worden. Warum schimpft die Rechtspreffe, die sich über die Amnestierung in Mitteldeutschland verführter Arbeiter nicht genug aufregen kann, nicht über diese unbegreifliche Mißde? Wir werden lange auf Antwort warten müssen.

Wie sie Erinnerung an Vergangenes lebendig machten. Wo aber nicht besondere Kräfte zur Verfügung stehen, läßt sich von einem solchen Experiment nicht eben viel erwarten. Das bloße literarhistorische Interesse reicht nicht hin, den Kleintigkeiten Tragkraft zu verleihen. Die Ländchen, in denen ein eifersüchtig Verliebter durch ein Küchlein für einen Augenblick kurirt wird, erscheinen, wenn nicht feinsinnig darstellerische Ruancierung dem Text zu Hilfe kommt, allzu gedehnt. Und in den „Wilschuldigen“ malt die Satire menschliche Schwächen, die verspottet werden sollen, so sehr ins Grellle, daß das Menschliche darüber fast verloren geht, und bringt es auf der anderen Seite doch nicht zu einer ausgelassenen Komik der Erzählung. Die Derbheit wurde in der Aufführung noch unterstrichen. Namentlich von Herrn Kehler in der Rolle des Wirtes, der aus lauter pervertierter Reugierde die eigene Tochter des Diebstahls zu beschuldigen hat. Herr Kholz, in einigen Szenen glücklich, spielt den frohwürdigen Kavaller mit einem nicht recht motiviertem Anhang an seinen Eifersüchtigen im ersten Stück. Margot Bischoff gelang die Gastwirtsrolle besser als die Freundin in der „Laune des Verliebten“. Marianne Wenzel stand ihr als annehmbare Partnerin zur Seite.

Die Entwicklung des Danziger Hafens. Danzig hat infolge seiner neuen politischen Stellung als Hafenstadt sehr an Bedeutung zugenommen, wie die statistischen Zahlen beweisen, die in „Werk und Reederei“ veröffentlicht werden. Während im ersten halben Jahr 1913 die Tonnage der eingegangenen Schiffe 446 750 betrug, war sie im ersten halbjahr 1921 auf 799 023 gestiegen. Die Erhöhung der Tonnagezahl rührt hauptsächlich von den großen Schiffen her, die jetzt den Danziger Hafen besuchen. Die Einfuhr über Danzig war bedeutend stärker als die Ausfuhr, denn Polen wirkt bei seinem Warenmangel als auffaugender Schwamm.

Theater. Die Sommerbillets des Deutschen Theaters sind mit „Ran“ von Holmström Edla mit nach Dumas, am Dienstag beschloffen. Den Ran spielt Bassermann. — Louis Nilling, der erste Oberintendant des Preussischen Deutschen Landestheater, ist für das Theater des Westens ernannt worden.

Französische Postenwart für Deutschland. Das leichte französische Unterhaltungsstück, das vor dem Anzuge im Uebermaß bis nun gepflegt wurde, wird wieder Zugang zum deutschen Bühnen finden. Die Verbände der Bühnenschriftsteller haben sich darüber verständigt. Da nicht anzunehmen ist, daß es irgendjemand besser geworden ist, wird man wieder zwischen der Seele des deutschen Schmarcks und der Charaktris der französischen Posten wart und bergeworfen werden. Beiden ist die Waiste ausgegangen.

Der Korscher Schiller. Hans Helm Giers hat Schillers Roman-Torlo „Die Geisteslehre“ notendet. Sein Titel wird lauten: „Die Geisteslehre, Roman von Friedrich von Schiller und Hans Helm Giers.“ Am Phantasie fehlt es Giers nicht, aber es ist zu bedauern, daß er allzu sehr ins „Mitschneiden“ Schillers Geisteslehre verfallen ist.

Lehrgänge für künstlerische Körperkultur veranstaltet das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Verbindung mit der Elisabeth-Taschen-Schule vom Oktober ab. Die Lehrgänge wenden sich an jugendliche Lehrende und junge Mädchen im Alter von 9 bis 14 Jahren. Näheres Berlin W. 30, Kolonnenstr. 100.

Ruf nach dem Jungsozialistengesetz.

Von Robert Keller, Berlin.

Seit ihrer Geburtsstunde folgt der jungsozialistischen Bewegung wie ihr Schatten ein tiefes Mißtrauen weiter Kreise unserer Parteimitgliedschaft. Die quantitative noch schwache Bewegung kann natürlich diesem Mißtrauen nur langsam beikommen. Immerhin gestatten die bisher gemachten Erfahrungen die Behauptung, daß dieses Mißtrauen in dem gleichen Verhältnis abnimmt, in dem die Parteimitgliedschaft Wissen und Wollen der jungsozialistischen Bewegung kennen lernt. So besteht die Hoffnung, daß mit der Erkenntnis über die Bewegung auch naturgemäß das Mißtrauen schwindet. Dieser Prozeß erfährt nun neuerdings einen starken Antrieb, indem einige besonders mißtrauische Parteimitgliedschaften an den Götter-Parteitag das Erfuchen richten, die jungsozialistischen Gruppen aufzulösen. Das Böse wollend, das Gute vollbringend, zwingt man dadurch die Parteigeamtheit, sich eingehender mit den Jungsozialisten zu befassen, um nach Prüfung dieser Frage entscheiden zu können. Hierbei gehen wir von der Annahme aus, daß nach bestem Willen und Gewissen nur dann entschieden werden kann, wenn sich die Kenntnis der Bewegung nicht auf den Namen beschränkt. Ein treues Spiegelbild jungsozialistischen Wollens gibt die vom Zentralbildungsausschuß zur Bielefelder Jungsozialistenkonferenz herausgegebene Zeitschrift „Jungsozialismus“, nach deren Lektüre erst ein Urteil über die Bewegung möglich ist, und die nicht warm genug empfohlen werden kann, insbesondere denen, die an dergleichen Beschlüssen mitwirken. Der Rahmen dieser Zeilen verbietet es, jene Fälle von Argumenten zu nennen und zu erläutern, die den Nachweis erbringen, wie bitter notwendig die jungsozialistische Bewegung für den kulturellen Aufstieg des Proletariats ist, und wie rückwärtschrittlich jene Bestrebungen sind, die die Daseinsberechtigung der jungsozialistischen Bewegung verneinen oder gar ihre Ausdehnungsmöglichkeiten nehmen wollen. Darum seien nur einige Gründe genannt:

Aus der Herabsetzung des Wahlalters erwächst den Jugendlichen die Pflicht, sich politisch zu orientieren. Die natürliche Veranlagung der Jugend begünstigt eine Orientierung nach den extremen Parteien rechts und links von uns, die der jugendlichen Begeisterung starke Auswirkungsmöglichkeiten bieten. Begeisterung für die Ziele unserer Partei legt voraus den Drang nach wissenschaftlicher Erkenntnis, den Mut zur harten, nüchternen und planmäßigen Arbeit und den Willen, allen Problemen der Zeit auf den Grund zu gehen. Damit erwachen der Weiterbildung in jugendlichen Kreisen ganz natürliche Schwierigkeiten, die von den jungsozialistischen Gruppen vermög ihrer Struktur erheblich leichter überwunden werden können. Die bedenkliche Verdrängungslosigkeit, mit der nicht geringe Kreise unserer Partei dem Sehnen der Jugend nach eigener Verantwortung und eigenem Handeln gegenüberstehen, trägt zweifellos nicht zur Erleichterung der Agitation bei. Die unangenehmen Folgen dieses Mißtrauens können nur durch die starke Anziehungskraft der jungsozialistischen Gemeinschaften gehoben werden. Des Weiteren fühlen wir uns verpflichtet, jener großen Verantwortung Rechnung zu tragen, die unsere Partei als führende Partei des neuen Deutschland und als Vorkämpferin des Sozialismus zu übernehmen hat. In dem regelmäßigen Besuch der Jahlabende und der pünktlichen Ablieferung der Beiträge erblicken wir keine genügende Gewähr für die Verteidigung der Republik, geschweige denn für die Verwirklichung des Sozialismus. Daraus entnehmen wir die Verpflichtung, in geeigneten Gemeinschaften intensive Bildungsarbeit zu betreiben, um den kommenden Aufgaben gewachsen zu sein, wobei wir keineswegs den Wert und die Notwendigkeit der organisatorischen Arbeit unterschätzen.

Mit alledem wäre der jungsozialistischen Bewegung bereits Daseinsberechtigung gegeben, ohne daß ich ihren Kerngedanken auch nur angedeutet hätte. Ein kurzer Hinweis auf die tieferen Quellen der Bewegung ist unerlässlich.

Unter dem Druck der Verhältnisse war die Partei bisher gezwungen, die wirtschaftliche Seite des Sozialismus stark zu betonen, um sich lebens- und widerstandsfähig erhalten zu können. Die Herausarbeitung der sozialistischen Wirtschaftsziele gab dem Sozialismus in weiten Schichten ein einseitiges, materialistisches Gepräge und nährte die Ansicht, daß die wirtschaftliche Befreiung des Proletariats als ausschließliches Ziel anzustreben sei, dessen Erfüllung automatisch die kulturelle Befreiung im Gefolge haben müsse. Erst neuerdings bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die materielle Notlage den kulturellen Aufstieg des Proletariats wohl behindern, keineswegs aber völlig unmöglich machen kann, umgekehrt eine materielle Befreiung nicht unbedingt kulturelle Befreiung nach sich ziehen müßte. Ein Beweis für diese Tatsache ist in der Jetztzeit das mächtige Sehnen und Streben des Proletariats nach Kulturarbeitern trotz seiner materiellen Notlage.

Das Studium der Geschichte des Proletariats würde zeigen, wie das Proletariat aus den Niederungen tiefster Unkultur Schritt für Schritt aufwärts gestiegen ist und heute in seiner kulturellen Entwicklung (Volksbühnen, Bildungsschulen usw.) eine Stufe erreicht hat, die zur Achtung zwingt, wenn dabei der schweren politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Fesseln gedacht wird, die seinen Aufstieg hemmen.

Nunmehr sind die größten Hindernisse aber beseitigt. Kann da von Annäherung gesprochen werden, wenn die Jungsozialisten die Berufung in sich spüren, den Sozialismus zu einer gewaltigen Kulturbewegung auszugestalten? Ist es nicht ihre Pflicht und ihre Aufgabe, weiter zu streben und höher zu greifen? Wären sie ihrer Vater nicht unwürdig, wenn sie sich mit dem Erreichten zufrieden gäben? Die jetzige Generation hat dem Sozialismus den Weg zur Entfaltung freigemacht; seine Entwicklung in die Bahnen höchster Kultur zu lenken, ist die geschichtliche Aufgabe der folgenden Generation. Und da gibt Raum!

Wie gehen aus von der Erkenntnis, daß jede sozialistische Wirtschaft und jeder sozialistische Staat ein totgeborenes Kind sein muß, wenn sie bzw. er des sozialistischen Menschen entbehrt. Dieser „sozialistische Mensch“ erscheint uns als die elementarste Voraussetzung für den Sozialismus. Ihn werden zu lassen, ist tiefster Sinn der jungsozialistischen Bewegung. Aus den Jugendgemeinschaften und ihren starken Bildungsmöglichkeiten fester persönlicher Ideale und vollwertiger Charaktere, ihren tiefen sittlichen Werten und mit ihrem auf höchster Kameradschaft beruhenden Gemeinschaftsleben, aus dem innigen Verbundenheit mit der Natur, aus dem Drange nach wissenschaftlicher Erkenntnis — kurz: aus diesen und vielen anderen, den wahren Gemeinschaftsgeist und -geist erzeugenden Faktoren wird sich der „sozialistische Mensch“ gestalten, den wir aus der Jugendbewegung in das politische Leben verpflanzen wollen, um ihn sich dort auswirken zu lassen. In der Verknüpfung von Jugendbewegung und Erkenntnis zu politischem Handeln liegt für die jungsozialistische Bewegung die Möglichkeit, dieses Ideal Erfüllung werden zu lassen.

Jeder vorurteilsfreie Leser dürfte nach diesen Bruchstücken jungsozialistischen Wollens bereits einsehen, daß die Bewegung nicht dem Trieb nach Vereinsmeierei ihr Dasein verdankt, sondern aus einer inneren elementaren Notwendigkeit entstanden ist, die ihre Kraft und Stärke ausmacht. Welch Sozialist kann dem neuen Glauben huldigen, eine so elementare Bewegung sei durch Beschlüsse tot zu machen. Auch ein Jungsozialist, der die Bewegung nicht als einseitige hätte nur die entgegengekehrte Wirkung. Derartige Nachsagen vorwärtsgerichteter Staatsweisheit ständen einem sozialdemokratischen Parteitag schlecht an. Diese Zumutung, den Nachwuchs der Partei zu desimieren, wird der Parteitag wesentlich mit aller Entschiedenheit ablehnen, nicht um jeglicher Erschütterung aus dem Wege zu gehen, sondern in der Erkenntnis, daß die Partei einen guten Teil jenes Geistes vertragen kann, der die Jungsozialisten belebt, und daß sie nicht die geringste Ursache hat, dagegen Partei aufzurichten. (Genosse Paul Löbe auf der Bielefelder Jungsozialisten-Konferenz.) Insbesondere nach der Bielefelder Jungsozialistenkonferenz ist jedes Mißtrauen gegen die Bewegung mehr denn je unangebracht. In Bielefeld haben die Jungsozialisten mit

aller Deutlichkeit betont, daß sie nicht im geringsten daran denken, an der Geschlossenheit der Partei zu rütteln. Den unbedingten Willen zur Einheit und Einigkeit haben sie zu ihrem obersten Gesetz erhoben und ihm in ihrer Tagung machtvollen Ausdruck verliehen. Wir sind uns darüber klar, daß der Jungsozialismus ohne diesen Willen besser ungeboren geblieben wäre. Der Wiedereinigung des Proletariats wäre der Weg geebnet, wenn dieser Wille in der gesamten Arbeiterbewegung ebenso stark und mächtig wäre. Wer legt noch in der jungsozialistischen Bewegung Spaltungstendenzen vermutet, leidet an chronischem Mißtrauen; er pflege seine Seele, aber unterlasse den Versuch, Gesunden seine Medizin einzuschütten. Wie wir uns bemühen, die Einstellung unserer alten Parteigenossen zu verstehen, so sollten diese sich bemühen, das Sehnen und Streben der Jungsozialisten zu erfassen. Es ist falsch, an die Probleme der neuen Zeit die alten Maßstäbe legen und sie den herkömmlichen Grenzen unterwerfen zu wollen. Von denen, die sich zu dieser Ueberzeugung nicht durchzuringen vermögen, fordern wir mit Fug und Recht Vertrauen. Die schweren Aufgaben, die der Sozialdemokratie im Schoße der Zukunft harren, erfordern die innige Kampfgemeinschaft von jung und alt. Diese Kampfgemeinschaft ist nicht ohne gegenseitiges Vertrauen und Vertrauen möglich. Darum fordern wir vom Parteitag, daß er alle Bestrebungen, die bewußt oder unbewußt jene Kampfgemeinschaft untergraben, ablehnt und darüber hinaus der Bewegung weitere Entwicklungsmöglichkeiten schafft. Dann können wir — alt und jung — zuversichtlich unser Jahrhundert in die Schranken fordern. Richtig ist: der jungsozialistischen Bewegung freie Bahn!

Groß-Berlin

Verlängerung der Polizeistunde.

Das Reichskabinett hat beschlossen, den § 3 der Bundesratsverordnung über die Einschränkung des Brennstoff- und Lichtverbrauchs vom Dezember 1916 aufzuheben. Damit ist auch die Bestimmung beseitigt, wonach die Polizeistunde spätestens um 12 Uhr einzutreten hat. In Zukunft soll Mitternacht die Regel sein. Aber Ausnahmen werden zulässig bleiben. Die Reichs- und preussische Regierung werden sich darüber noch heute miteinander verständigen. Wahrscheinlich werden die Ausnahmen für ganze Bezirke zugelassen werden.

Wie wir erfahren, wird der Berliner Polizeipräsident sofort nach der offiziellen Bekanntgabe des Kabinettsbeschlusses die Polizeistunde für Berlin festsetzen. Wir erwarten, daß alsdann die angekündigten Ausnahmen für Berlin Anwendung finden werden.

Ein „Raubüberfall“.

Wenn zwei sich streiten ...

Vor einigen Tagen wurde von einem Raubüberfall auf das Dienstmädchen des Sanitätsrats Blumenthal in der Landsberger Allee 157/58 berichtet. Das Dienstmädchen Kartha Schiller wurde an einem Morgen, an Händen und Füßen gefesselt, von der Portierfrau besinnungslos in seinem Bett aufgefunden. Es gab an, daß Räuber die Abwesenheit der Herrschaft zu einem Ueberfall benutzten hätten.

Es hat sich nun herausgestellt, daß die ganze Räubergeschichte erfunden war. Die Schiller lebte über ihre Verhältnisse und machte daher Werksachen, die sie von ihrer Dienststelle entwendete, zu Geld. Zur Vertuschung dieser Diebstähle injizierte sie mit ihrem Bräutigam, dem Bäcker Johann Thomas, den gemeldeten Raubüberfall. Durch die Vermittlung der Schwester der Thomas wurden zwei alte Verbrecher, Heinrich Schmidt und Hermann Angers, dazu gewonnen, den „Ueberfall“ auszuführen. Nach anfänglichem Streit kamen die beiden überein, „Rippe“ zu machen, d. h. sich den Raub zu teilen, da Angers mit „Lampen“, d. h. mit dem Berrat bei der Polizei drohte. Bei der Ausführung des Ueberfalls ging nun das Mädchen selbst zur Hand, und die Sachen wurden mit einem Fußwerk weggeschafft und sollten zu Geld gemacht werden. Bei der Teilung gerieten die beiden Verbrecher wieder in Streit und ein dritter, bisher noch unbekannter Gauner benutzte die Gelegenheit, die ganze Beute für sich wegzuschaffen. Der Kriminalpolizei ist es nunmehr gelungen, die Schiller und ihren Bräutigam als auch Schmidt und Angers zu verhaften, aber die Beute ist verschwunden geblieben und auch der Verbrecher, der sie fortgeschaffen ließ, ist bisher noch nicht bekanntgeworden.

Die Güter der Stadt Berlin.

Zur Frage der Verpachtungen der städtischen Güter wird uns vom Gesamtbetriebsrat noch folgendes mitgeteilt: Von 112 000 Morgen Besitz der Stadt Berlin sind 66 000 Morgen verpachtet und nur 46 000 Morgen in eigener Bewirtschaftung. Die unwirtschaftlich das ist, werden die nachfolgenden Zeilen zeigen:

Die Gutsverwaltung verpachtet den Morgen Rieseland für 250 M., die Rieselwiesen für 300 M. Was wird nun dabei verdient? Das verpachtete Rieseland verursacht ohne Zuzahlung des Anlagekapitals folgende Kosten. Zweimal Rieseln einschließlich der Reinigung der Zugangsröden usw. je 20 M. = 40 M. Amortisation 22,50 M. Allgemeine Unkosten, Rieselmeister, Administrator, Bureau usw. 10 M., zusammen 72,50 M. pro Morgen. Es bleibt also ein Ueberfluß von 177,50 M. Noch schlechter steht es bei den Wiesen aus. Sie werden jeden Sommer circa sechsmal gerieft, je 20 M. = 120 M. Allgemeine Unkosten, Amortisation usw. 32,50 M., so daß ein Ueberfluß von 147,50 M. verbleibt. Hierbei muß aber bemerkt werden, daß nur der beste Boden in Betracht kommt. Eigentümlich ist auch, daß die Bauern, die Pferd und Wagen haben, immer das für sie am nächsten gelegene Land haben, während den kleinen Pächtern, denen nur ein Hundewagen zur Verfügung steht, oft eine Stunde gebrauchen, um zu ihrem Lande zu gelangen.

Wie stellen sich nun im Gegensatz dazu die Einnahmen bei eigener Bewirtschaftung auf dem dem Gutsverwaltung verbliebenen mittleren Boden? Die Bestellung des Aders einschließlich Saatgut, Ernte, Amortisation usw. erfordert einen Kostenaufwand bei Kartoffeln von 1100 M. Als Ertrag kann in diesem Jahre der anhaltenden Trockenheit wegen statt 80—90 Zentner leider nur ein Satz von circa 40 Zentner zum Preise von circa 50 M. in Anrechnung gebracht werden, also pro Morgen 2000 M. Einnahme. Es ergibt sich somit ein Ueberfluß von 900 M. pro Morgen. Bei Halmfrüchten stellen sich die Unkosten einschließlich Kunstdünger, der in den einzelnen Verwaltungen mehr oder weniger angewandt wird, im Durchschnitt auf circa 750 M. Die Einnahmen bei 8 Zentner Roggen Durchschnittsertrag, zum heutigen Marktpreise von 190 M. pro Zentner berechnet, betragen 1520 M., für Stroh und Raff 300 M., insgesamt also 1820 M., mithin ergibt sich ein Ueberfluß von 1070 M. pro Morgen. Bei Rüben betragen die Unkosten 555 M. Die Einnahmen stellen sich bei dem ganz gering gerechneten Ertrag von 100 Zentnern à 18 M. = 1800 M. Also ein Ueberfluß von 1245 M. Wir möchten zu den Unkosten bemerken, daß die Löhne nach dem Tarif der städtischen Gutsarbeiter berechnet und die Gespinnstleistungen sehr hoch angesetzt sind.

Es ergibt sich also aus vorstehendem, daß unbedingt mit den Verpachtungen im jetzigen Umfang Schluß gemacht werden und zur eigenen Bewirtschaftung der Güter geschritten werden muß. Es kann nicht mehr so weiter gehen, daß Großbauern ihr eigenes Land zu bedeutend höheren Preisen, bis zu 600 M., an kleinere Leute, zum Teil Arbeiter, verpachten und aus dem Grund und Boden der Stadt Berlin zum Nachteil der Steuerzahler ihren Nutzen ziehen.

Ein Wirtshausdrama.

In der Nacht vom Sonnabend spielte sich in der Gastwirtschaft Hahn in der Kreuzstr. 9 zu Potsdam ein Vorfall ab, der nach der weiteren Aufklärung bedarf. Nachts gegen 11 Uhr betrat der im selben Hause wohnende 43jährige Arbeiter Wilhelm Kaas das Lokal und verlangte Bier. Er machte einen angetrunkenen Eindruck und darum lehnte der Sohn des Inhabers, der 33jährige Richard Hahn die Verabfolgung von Getränken ab. Er dertel dadurch mit Kaas in einen Wortwechsel, dem er ein Ende machen wollte, indem er Kaas zur Tür nach dem Bier führte. An der Tür soll nach den Befundungen einiger Zeugen Kaas dem Wirtshaus einen Schlag ins Gesicht und einen Fußtritt in den Leib versetzt haben. Hahn brach zusammen und war sofort tot. Innere Verletzungen scheinen die Todesursache zu sein, da keine Spuren von Gewalt an der Leiche wahrnehmbar sind. Die durch den Vorfall sehr aufgebracht gewordene Polizei hat alle Tatzeugen vernommen und Kaas vorläufig in Haft behalten. Kaas gibt an, daß er nur in Notwehr gehandelt habe, als er dem Hahn, der ihn gewalttätig auf den Fuß gedrängt habe, einen Schlag ins Gesicht versetzte.

Was kostet ein Telefonanschluß?

Am 1. Oktober d. J. tritt das neue Fernsprechtariffgesetz in Kraft. Das gibt Anlaß, auf folgendes hinzuweisen: Die künftigen Gebühren zerfallen in

a) die Grundgebühr (laufende Vergütung für Ueberlassung und Unterhaltung der Apparate, sowie für den Bau und die Instandhaltung der Anschlußleitungen); diese Gebühr ist für alle Teilnehmer der Fernsprechnetze in Groß-Berlin auf 700 M. jährlich festgesetzt;

b) die Ortsgesprächsgebühr (Vergütung für die Herstellung der Verbindungen im Ortsverkehr). Sie beträgt künftig 25 Pf. für jedes einzelne Gespräch. Mindestens sind für jeden Hauptanschluß die Gebühren für 40 Ortsgespräche monatlich zu entrichten. Dem Teilnehmer in Groß-Berlin werden 5 Proz. der für seinen Anschluß angezeichneten Ortsgespräche nicht angerechnet.

Dazu kommt für neu hinzutretende Teilnehmer eine Einrichtungsgebühr (einmaliger Zuschuß zu den Herstellungskosten) neben dem bereits bisher fälligen einmaligen Fernsprechtsbeitrag, der verzinst und bei Aufhebung des Anschlusses zurückgezahlt wird.

Mit dem Inkrafttreten des Gebührengesetzes wird in ganz Groß-Berlin, also auch in den Ortsteilen Köpenick, Friedrichshagen, Grönau, Dichtenrade und Buch ununterbrochener Tages- und Nachtdienst abgehalten.

Antwort an Wiffbegierige.

Die „Freiheit“ nimmt in der heutigen Morgenausgabe auf das Referat des Genossen Heimann aus dem letzten Bezirkskongreß Bezug und möchte gern wissen, ob der Vortrag Zustimmung oder Widerspruch gefunden habe. Wir können der „Freiheit“ verraten, daß jeder der Teilnehmer am Bezirkskongreß ihr zustimmen kann, daß die Ausführungen ohne jeden Widerspruch und mit großem Beifall aufgenommen wurden und daß besonders die Stellen, die unser Verhalten gegenüber der USP. kennzeichneten, allgemeine Zustimmung fanden.

Ein hartnäckiger Selbstmörder. Der wohnungs- und beschäftigungslose 22 Jahre alte Drogist Edwin B. warf sich an der Kreuzung Anekerstraße und Kurfürstendamm vor ein Auto. Der Chauffeur vermochte noch so rechtzeitig zu halten, daß B. ohne Schaden davonkam. Als Postantez sich um den jungen Mann bemühten, griff er hilfslos in die Tasche und vergiftete sich mit einem noch nicht festgestellten Pulver. Man brachte ihn nach der nächsten Rettungsstelle und dann nach der Charité. Verzweiflung über seine hilflose Lage soll ihn zu dem Schritt getrieben haben.

Den Ulftruhgehalts- und Ulftruhgeldempfängern sowie den Witwen solcher Personen, deren Gleichstellung mit den Neuverpflichteten noch nicht durchgeführt ist, will der Magistrat sofort einen Vorfluß von 1000 Mark auf die in Aussicht genommene Erhöhung ihrer Bezüge gewähren. Der Stadterordnetenversammlung ist eine Vorlage zur Beschlußfassung zugegangen.

Die elektrischen Droshken hatten bisher noch nicht die hohen Fahrpreise der Benzindroshken. Jetzt haben die Besitzer elektrischer Droshken den mit Erhöhung ihrer Unkosten begründeten Antrag gestellt, auch ihnen diese Fahrpreise zu bewilligen. Wie gemeldet wird, ist der Antrag auf Preiserhöhung vom Polizeipräsidenten genehmigt worden und auch der Magistrat hat zugestimmt. Die höheren Fahrpreise sollen demnächst in Kraft treten.

Das Hofgeld der Stadt Berlin wird, wie jetzt der Magistrat mitteilt, noch nicht eingezogen. Die von einer Zeitungs-korrespondenz verbreitete Nachricht, daß die Einziehung bevorstehe, war falsch.

Ein Vorkommnis mit Inhalt wurde am 6. August d. J. in dem Abfertigungsraum der Allgemeinen Ortskrankenkasse Reutlin gefunden. Der Verlierer kann es nach ausreichender Legitimation an der Hauptkasse Weichselstr. 8, Zugang 12, 2 Treppen, in Empfang nehmen.

Jugendweihed Adlershof. Anmeldungen zur Jugendweihed werden bis zum 25. August 1921 vom Schulleiter der 3. Gemeindegemeinschaft E. Schmalz und von E. Stropp, Waldstr. 7a, entgegengenommen.

„Siedlung und Kleingarten“, unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postauslage bei.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Einmal wärmer, größtenteils trocken und vielach heiter, bei mäßigen südwestlichen Winden. Nachts kühl, am Tage rasche Erwärmung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verein der Jungen- und Tuberkulose-Gefährten Deutschlands, Ortsgruppe Berlin. Am 17. August, 7 Uhr, Versammlungen in folgenden Lokalen: 1. Bezirk Reichensberger Str. 2, Bergschloß-Kaufhaus; 2. Bezirk Köpenicker, Köpenicker Str. 41, bei Schmidt; 3. Bezirk Rigow Str. 55, bei Köhler; 4. Bezirk 58. Gemeindegemeinschaft, Senefelderstr. 5-6; 5. Bezirk Köpenick am 18. August, 7 Uhr abends, Weinbergweg 26, bei Gerold Hart. Vortrag des Genossen R. Gaffner; 6. T. R. Bezirk (Köpenick), 2. Bezirk (Gehlsbäumen), gemeinsames Versammlungslokal bei Gaffner, Lindowstr. 26 (Wedding). Vortrag: Das Groß-Berliner Wohnungswesen. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 10. Bezirk Köpenick, Weichselstr. 10, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 11. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 12. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 13. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 14. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 15. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 16. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 17. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 18. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 19. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 20. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 21. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 22. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 23. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 24. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 25. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 26. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 27. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 28. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 29. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 30. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 31. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 32. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 33. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 34. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 35. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 36. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 37. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 38. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 39. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 40. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 41. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 42. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 43. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 44. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 45. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 46. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 47. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 48. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 49. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 50. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 51. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 52. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 53. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 54. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 55. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 56. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 57. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 58. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 59. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 60. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 61. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 62. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 63. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 64. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 65. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 66. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 67. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 68. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 69. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 70. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 71. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 72. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 73. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 74. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 75. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 76. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 77. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 78. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 79. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 80. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 81. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 82. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 83. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 84. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 85. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 86. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 87. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 88. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 89. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 90. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 91. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 92. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 93. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 94. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 95. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 96. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 97. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 98. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 99. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 100. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 101. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 102. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 103. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 104. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 105. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 106. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 107. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 108. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 109. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 110. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 111. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 112. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 113. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 114. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 115. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 116. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 117. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 118. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 119. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 120. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 121. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 122. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 123. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 124. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 125. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 126. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationalschulinspektor Dr. Gaffner; 127. Bezirk Köpenick, Eichenbühlstr. 2a, abends 8 Uhr, Vortrag: Die Wohnungsfrage. Referent: Rationals

Gewerkschaftsbewegung

Ein deutsch-holländisches Gewerkschaftsfest.

Am Sonntag fand in der westfälischen Grenzstadt Gronau ein imponantes deutsch-holländisches Gewerkschaftsfest statt. Um 3 Uhr nachmittags traten die freien Gewerkschaften von Gronau und den nahegelegenen Industrieorten zum Festzuge durch die Stadt zusammen, und im gleichen Zeitpunkt rüdten mit ihrem Banner und einer Arbeiterkapelle an der Spitze 600 holländische Gewerkschaftsgenossen über die Grenze und schlossen sich dem Festzuge an. Die ganze Stadt war auf den Beinen und Zeuge dieses internationalen Brüdertages. Die Holländer haben, unterstützt durch die deutschen Arbeiter, alle Schwierigkeiten gegen den geschlossenen Grenzübergang überwunden. Dem Festzuge schloß sich eine überfüllte Festversammlung im größten Saale der Stadt an, in der Genosse Edwin Barth aus Berlin eine mit stürmischer Begeisterung ausgenommene Festrede hielt. Dieses Gewerkschaftsfest ist ein Meilenstein in der Gewerkschaftsbewegung des schwärzesten Gipfels des Münsterlandes.

Zur Abschaffung des Trinkgeldes.

Das Trinkgeldgeben kann offenbar nur durch ein Verbot der Annahme von Trinkgeld verhindert werden. Ein solches Verbot aber ist nur dann berechtigt, wenn der bisherige durchschnittliche Teil des aus Trinkgeldern gebildeten Lohnverdienstes direkt mit als Lohn gezahlt wird. Die Befestigung eines so mit eingeworbenen Lebens ist nicht leicht, jedoch notwendig. Wegen der Trinkgeldabschaffung werden immer die wenigen Arbeiter oder Angestellten sein, die am meisten Trinkgeld „machen“. Umfangreicher ist der Widerstand auf Unternehmerseite. Die neueren Vorzüge der Unternehmer im Gastwirtsberufe, das mit ihrer Zustimmung beschriebene Trinkgeldwesen wieder neu einzuführen, müssen dem stärksten Widerstand der Gäste begegnen. Dem dabei handelt es sich um ihre Lebensstellung. Nachdem in Groß-Berlin wie an anderen Orten das Trinkgeld zu den Preisen geschlagen wurde, suchte man unter Beibehaltung dieser Preise die Angestellten erneut auf die Trinkgeldzahlung zu schicken, um ihre Löhne herabzudrücken und die höheren Preise gänzlich der Geschäftskasse zuzuführen. Kommt es deswegen zu Differenzen, wiederholt sich das Spiel: Die Löhne der Angestellten werden etwas erhöht, noch mehr aber die Preise, unter Berufung auf die Lebenshaltung.

Der beste Weg zur Abschaffung des Trinkgeldes ist zweifellos der eines prozentualen Zuschlages zur Rechnung für die Gäste. Indem sie diese Zuschläge zahlen müssen, werden sie seltener dazu kommen, noch extra Trinkgeld zu geben. Abgegeben etwa von den mit ihrer höheren Salaria in Deutschland vorübergehend lebenden Ausländern, die oft mit unserem Papiergeld als Trinkgeld nur so umherwerfen und damit die Trinkgeldbeseitigung sehr erschweren. Demgegenüber hilft nur konsequente Durchführung des Verbots, Trinkgeld anzunehmen und als Voraussetzung eine Lohnzahlung, die ein solches Verbot rechtfertigt. An der vollständigen Beseitigung des Trinkgeldwesens muß mit aller Energie weitergearbeitet werden.

Zur Lage auf den Seeschiffswerften.

Die Angestellten deutscher Seeschiffswerften hatten am 8. August im Gewerkschaftshaus zu Hamburg eine vom Ortsrat Hamburg des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund) einberufene, gemeinsame Reichskonferenz der freigewerkschaftlich organisierten Werftangestellten.

Nach einer eingehenden Aussprache über den Reedereiabfindungsvertrag und die augenblicklich bestehenden, kritischen Verhältnisse auf den deutschen Werften wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die am 7. und 8. August 1921 in Hamburg tagende Vertreterkonferenz der Werftangestellten aller Werftorte Deutschlands der Organisation Deutscher Werftmeisterverband, Bund der technischen Angestellten und Beamten und Zentralverband der Angestellten hält es für ihre Pflicht, die Reichsregierung auf die derzeit bestehenden kritischen Verhältnisse auf den deutschen Werften hinzuweisen. Die Konferenz erwartet von der Regierung, daß sie alles daran setzen wird, die drohende Katastrophe zu verhüten, welche durch die großen Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten ohne Zweifel heraufbeschworen wird. Als Maßnahmen, welche hierzu angetan wären, betrachtet die Konferenz in erster Linie eine Verlängerung des Bauprogramms zum Wiederaufbau der Handelsflotte von 5 auf 8 Jahre. Ferner die größte Stimulierung der Reichsregierung auf die Schiffbau-Treuhand-Bank und deren Bauausbau, daß die Verteilung der Aufträge und der Bauausgaben in Einklang mit den Verhältnissen, wie sie in den einzelnen Werftorten bestehen, gebracht wird. Den Reedereien ist vor Erlaubniserteilung zu Ausländerkäufen die Verpflichtung aufzuerlegen, aus eigenen Mitteln die doppelte Sonnenszahl Neubauten in Deutschland in Auftrag zu geben.

Ferner sind die Werftbetriebe anzuhalten und ist ihnen die Möglichkeit zu geben, sich für andere Fabrikationszweige umzustellen. Sollte wider Erwarten auch dadurch noch nicht die Möglichkeit gegeben sein, die jetzt vorhandenen Arbeiter und Angestellten der Werften voll zu beschäftigen, so erachtet die Konferenz es als Pflicht der Regierung, durch planmäßige Aufnahme von Bauten zur Befriedigung der Wohnungsnot, durch großzügige Inangriffnahme weiterer Projekte (Verkehrswege usw.) notwendige Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Die antwortenden Vertreter der Werftangestellten waren durchdrungen von dem Bewußtsein, daß enges Zusammenarbeiten zwischen den freigewerkschaftlich organisierten Werftangestellten und Werftarbeitern erforderlich ist, damit bei der Wahrnehmung der gewerkschaftlichen und der allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen auch die Kenntnisse der Angestellten verwendet werden können. Sie beauftragten durch die einstimmige Annahme einer Entschliessung das Ortsrat Hamburg des Afa-Bundes, für die Aufnahme engerer Beziehungen zwischen den Ortsgruppen und den Reichsausschüssen der Afa- und der ADFB-Verbände und den Werftkommissionen geeignete Schritte in die Wege zu leiten.

Maschinen und Heizer! Die Kollegen können die Wahlbeteiligung bei den Bezirksführern in Empfang nehmen. Die Ortsverwaltung.

Mitglieder des Afa-Bundes! Trotz wiederholter Veröffentlichungen in der Presse und Bekanntgabe in den Versammlungen sind noch nicht alle Wahlbeteiligungen für Arbeitnehmer zu den Gewerkschaftswahlen der Stadt Berlin von den in Frage kommenden Organisationsabteilungen abgeholt worden.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß jeder Arbeitnehmer im Besitz einer Wahlbeteiligung sein muß. Die Wahlen finden, wie bekannt, schon am 21. August statt.

Afa-Bund, Ortsrat Groß-Berlin. Otto Schifora.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission wählte in ihrer letzten Sitzung nach einem Berichte des Genossen Flemming über die am 2. August stattgefundene Sitzung der Deputation für Arbeit und Gewerbe als Kandidaten in den Beirat für Erwerbslosenfürsorge und als Vertrauensmänner der Arbeitslosen die Holzarbeiter Rudolf Müller und Konrad Winkler. Hierauf besetzte man sich mit den technischen Beiratsarbeiten zu den am 19. und 21. August stattfindenden Gewerkschaftswahlen. Zu der Arbeitgeberwahl am 19. August kommen 11 Wahllokale und zu der Arbeitnehmerwahl am 21. August 24 Wahllokale für Charlottenburg in Betracht. Jede Wahllokale erteilt der Obmann der Gewerkschaftskommission, Genosse Otto Flemming, Pestalozzistr. 13, v. 4 Tr. Der Obmann teilte mit, daß zu den ausgeschriebenen Wahlen der Vertreter zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Charlottenburg nur die Liste der Gewerkschaftskommission eingereicht worden ist und nunmehr die Vertreter der freien Gewerkschaften als gewählt gelten. Die bei mehreren eintausenden Listen vorgesehene Wahl am 11. September d. J. findet somit nicht statt. Daß das Wahlalter bei den Krankenkassenwahlen nicht auf das 20. Lebensjahr heruntergesetzt worden sei und verschiedene Bestimmungen der Wahlordnung wie auch einzelne Paragraphen der Reichsversicherungsordnung nicht mehr in die heutige Zeit hineinspielen, wurde vom Redner noch kritisch gewürdigt. Der Bericht des Genossen Storch über die Abrechnung vom verlaufenen Volkshaushalt rief eine längere Debatte hervor, in welcher besonders die Angelegenheit Reichs-Hartjeil betreffs des Bühnenverkaufs einer scharfen Kritik unterworfen wurde. Schließlich wurde man sich einig, in den neuen Ausschuss zur Befriedigung der Sammlung für ein neu zu errichtendes Volkshaus und zur Vermehrung der Restsumme vom alten Volkshaus fünf Vertreter zu wählen. Gewählt wurden: Albrecht, Heidrich, Kolb, Panterschach und Sommer. Ren beigetreten der Gewerkschaftskommission sind die Hausangestellten und die Landarbeiter.

Gewerkschaftsrat Nowawes. Am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, ist bei hinkender Sitzung der Gewerkschaftsvorstände und Kartelldelegierten zur Regelung von Organisationsfragen. Die Beschlüsse werden erlautet, vollständig zu erscheinen. — Am Sonntag, vormittag 10 1/2 Uhr, ist im Fämpalast eine Vorführung über Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung, mit ärztlicher Erklärung, wozu alle Gewerkschaftsmitglieder hiermit eingeladen sind. Der Kartellauschuss.

Streiks und Lohnbewegungen.

Mit den streikenden Staatsarbeitern in Bremen haben sich solidarisch erklärt der Verband bremischer Beamtenevereine und die Afa. Sie forderten die Beamten auf, jede Streikarbeit abzulehnen. In den Streik ist auch das technische Personal der städtischen Theater einbezogen. Der Straßenbahnverkehr gilt als lebenswichtiger Betrieb und wurde deshalb nicht unterbrochen. Die Staatsarbeiter beim Hafenaufbau in Bremerhaven legten aus Solidarität mit ihren Bremer Kollegen die Arbeit nieder. Die Vertreter der Aktiengesellschaft Weser waren heute in den Streik. Die Direktion will deshalb die gesamte Arbeiterkassette freilassen. — In Hamburg fordern die Gastwirts- und Kaffeehausangestellten 25 Proz. Lohnzulage. — Der Streik in den hannoverschen Kalibergwerken auf Siegfried I und II in Roselbed, Kreis Rotheln, der am 11. August einsetzte, veranlaßte die Generaldirektion, der ganzen Belegschaft zu kündigen.

Wie uns aus Kassel telegraphisch berichtet wird, hat sich seit Montag mittag die Lage im Eisenbahnerstreik dadurch verschärft, daß die drei beteiligten Organisationen, nämlich der Deutsche Eisenbahnerverband, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter (christlich) und der Allgemeine Eisenbahnerverband (Hirsch-Duncker), außer den Werftarbeiten auch die Beamten des Fahrpersonals aus den Eisenbahnbetrieben herausgesprochen haben. Der Streik erstreckt sich über den ganzen Eisenbahndirektionsbezirk Kassel und hat auch auf Hannover, Minden, Böttingen, Nordheim, Kriemhagen, Seelen und Warburg übergriffen. Insofern dürfen nach den Mitteilungen der Streikleitung etwa 20000 Arbeiter im Streik stehen. Das Reichsverkehrsministerium hat zwei Vertreter zu Verhandlungen nach Kassel geschickt. Auch zwei

Mitglieder des Hauptvorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes sind in Kassel eingetroffen. Um 10 Uhr haben Verhandlungen begonnen, die Aussichten für eine Einigung werden als günstig bezeichnet.

Während die Dearbeiter in Bremen beschloßen, die Arbeit wieder aufzunehmen, dauert der Streik in der Delindubtrie in Harburg (Elbe) fort. Die Streikenden lehnten das Angebot der Arbeitgeber und den Spruch des Zentralarbitrageauschusses ab. Es soll eine neue Urabstimmung erfolgen.

Die Arbeitgeber des Baugewerbes in Bayern beschloßen, in ganz Südbayern sämtliche Bauarbeiter, Zimmerleute, Weispuher und Hilfsarbeiter auszusperrn. 10000 Bauarbeiter stehen im Streik. Bei der Aussperrung kommen 30000 bis 40000 Arbeiter in Frage.

Schiedsspruch im Erzbergbau des Ruhrgebietes.

Der vom Reichsarbeitsministerium gebildete Schlichtungsausschuss hat in der Lohnstreitigkeit im Erzbergbau des Ruhrgebietes am 6. August folgenden Schiedsspruch gefällt:

Eine Lohnerhöhung tritt nur im Zink- und Bleierzbau vom 1. Juli 1921 ab in der Weise ein, daß der tarifliche Hauerdurchschnittslohn um 2 M. erhöht wird, und daß die über 20 Jahre alten Schichtarbeiter eine Lohnzulage von 2 M., die 18 bis 20 Jahre alten von 1 1/2 M., die unter 18 Jahre alten von 1 M. auf den jetzigen Schichtlohn erhalten.

Für alle Bergbaubetriebe im Bezirk des Bahn-Arbeitgeberverbandes wird vom 1. Juli 1921 das Kindergeld für nichterwerbstätige Kinder unter 15 Jahren auf 1 M. je Schicht und Kind erhöht. Die Parteien haben sich heute darüber zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen.

Zentralverband der Angestellten. Damenabteilung/effektiv. Mitgliederversammlung Mittwoch 5 Uhr, Armbrollen, Kommandantenstraße 28/29. — Gemeindeführer: Bergangeshilfe, Mitgliederversammlung Mittwoch 7 Uhr, Sophienstraße 17/18.

Kassenscheiter. Deutsche Filmgewerkschaft. Mittwoch, vorm. 10 1/2 Uhr, im Altonaer Lokal, Anhaltstraße 11, Mitgliederversammlung. Beschl. über Tarifverhandlungen.

Wirtschaft

Sehe gegen die Spartassen.

Der Österverband der kommunalen Verbände der Provinz Brandenburg teilt mit:

Von unverantwortlicher Seite wird in letzter Zeit in verschiedenen Zeitungen ein Aufsatz verbreitet unter dem Stichwort: „Auch Spartassen nicht mehr sicher“, „Ausräubern der Spartassen“; u. a. wird auch behauptet, daß von den gesamten Spareinlagen 10 Proz. Steuer einbehalten würden. Es ist nicht zu bezweifeln, daß durch solche Ausstreunungen eine Beunruhigung in die Sparrkreise hineingebracht wird, was daraus herorgeht, daß es nicht an unmittelbaren Anfragen bei den Kassen fehlt, inwiefern der Inhalt der aufgefundenen Zeitungsnachrichten und Gerüchte zutreffend sei. Hinter diesen Ausstreunungen und Zeitungsausschnitten stehen dunkle Kräfte, denen die Entwicklung der deutschen Spartassen ein Dorn im Auge ist, und die jede noch so unpassende Gelegenheit benutzen, die unbedingt sichere und auch bei dem erweiterten Geschäftsbetrieb zuverlässig und unbedingt mündelsicher gebliebenen öffentlichen Geldanstalten herabzusetzen.

Selbstverständlich kann keine Rede davon sein, daß von den Spareinlagen 10 Proz. als Kapitalertragssteuer abgezogen werden. Der Abzug der Kapitalertragssteuer erfolgt nicht von dem Kapital selbst, sondern von dem Kapitalertrag — den Zinsen —. Hat jemand bei einem Kapital von 1000 M. einen Zinsanspruch von 35 M. an die Spartasse, so werden von diesem Zinsanspruch 10 Proz. = 3,50 M. getüzt. Diese Befreiungsvorschrift bezieht sich naturgemäß nicht nur auf die Zinsen der Spareinlagen, sondern auf alle Kapitalerträge.

Jeder, der sein Geld zur Spartasse bringt, hat unter Bewährleistung des betreffenden kommunalen Verbandes einen Rechtsanspruch auf unverzügliche Rückzahlung des eingezahlten Betrages und auf die Gewährung des nach der Satzung vorgeschriebenen Zinsfußes.

Es liegt daher nicht der geringste Anlaß zu einem Zweifel an der unbedingten Sicherheit der Spartassen vor. Es wäre zu wünschen, daß die Verbreiter derart falscher Nachrichten öffentlich an den Pranger gestellt und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgt würden.

Aus aller Welt.

Raubüberfall im Schnellzug Wiesbaden-Paris.

Paris, 16. August. Wie der „Matin“ meldet, wurden die Passagiere erster Klasse des Schnellzuges Wiesbaden-Paris gestern abend gegen 9 Uhr von zwei Räubern überfallen und ihrer gesamten Habe beraubt, die die Räuber zum Fenster hinauswarfen. Ohne ein Signal zu geben sprangen die Räuber darauf vom Zuge. Heute gelang es einen von ihnen, der sich beim Abspringen schwer verletzt hatte, zu verhaften.

Verandt. Nr. 100. Tel. Dr. Werner Heiser, Charlottenburg; für Anzeigen: 23. Glucke, Berlin. Verlag: Buchdruck-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruck-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruck-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruck-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Zur Einsegnung

hervorragend billige Angebote!

Konfektion		Wäsche		Kleiderstoffe	
Einsegnungs-Kleid	195	Fasson-Hemd mit Stickerei und Langnetze	26 ⁵⁰	Cheviot, doppeltbreit, schwarz und alle Mode-Farben	29 ⁵⁰
schwarz, aus Cheviot u. Serge, Stoff Fasson 222, schwarz, reich bestickt u. bestickt.	145 ⁰⁰	Knie-Beinkleid, geschlossen, mit Stickerei-Volant	29 ⁵⁰	Cheviot, 140 cm breit, schwarz	42 ⁰⁰
Einsegnungs-Kleid	250 ⁰⁰	Stickerei-Unterrock mit breitem Volant	39 ⁵⁰	Gabardine, 190 cm breit, marine	54 ⁰⁰
Prüfung- und Papillone	275				
aus Cheviot und Papillone, reich bestickt u. bestickt, in allen Mode-Farben	175 ⁰⁰				

Die Ausstellung der neuen Herbst-Moden ist eröffnet!

Kaufhaus Wilhelm Joseph Schöneberg, Hauptstr. 163, bismarckstr.

Konkurrenz ist die beste meine Schutzmarke!

Nutzeisen

Stabstabeisen, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerstabeisen, Nennschrauben, Fußstangen usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben

Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln, Weserstr. 33/36 — Tel. Neuk. 4170

COHN & BORCHARDT

Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/43

Telegr.-Adresse „Erzobor“, Tel. Lichtenbg. 646/447

Alte Güte

Unverfälschtes und überaus feines von einem Meisterhandwerk. Verleiht u. Nütze u. Schönheit. —
Herrn. Fuchs
Berlin O 112,
Stanzfurter Ufer 297.

Anschreiben

Adressen, Diktate, Vertriebsmittlungen übernimmt Adler, Frobenerstr. 21, Nollend. 1646.

Kapitän Rautabart

einmal geprobt — immer geliebt
Prüfung- und überaus feines von einem Meisterhandwerk. Verleiht u. Nütze u. Schönheit. —
Herrn. Fuchs
Berlin O 112,
Stanzfurter Ufer 297.

Metall-Bettstellen

Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstraße 31
Ecke Mahlower Str.
Fabrik f. Ruhebetten, Auflege-
matratzen u. Feldbettstellen.

Kupfer

Messing, Zink
Blei :: Zinn
usw. kauft
Goldkowskystraße 15

Parzellen

in Eggenberf. 15 Minuten vom Bahnhof Strausberg entfernt, zu verkaufen. Kühn & Co. Berlin, Bernstr. 11. Kauf. 2893



Volks-Reise-Verband

Geschäftsführer: Reutlin
Ruhener Straße 53

Vom 3. bis 10. September:
Durch den Odenwald zum
Neckar bis Heidelberg

Wiederholung der am 18.-25. Juni abgehaltene Ferienfahrt
Teilnehmerkarte einchl. Fahrt u. Verpflegung 500 Mark
Anmeldungen sind umgehend gegen Anzahlung von
100 M. an die Geschäftsstelle des V.-R.-V., Neustädter
Münchenstr. 53, zu richten.